

STÄRKUNG DER KOMMUNALEN HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN DRINGEND GEBOTEN

Keine Angst vor neuen Herausforderungen

Interview mit dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck und dem Vorsitzenden der Landesgruppe Berlin-Brandenburg des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Helmut Preuße

Matthias Platzeck war mittendrin als im Osten Deutschlands alles auf neu gesetzt wurde – am Runden Tisch, später in der Volkskammer und seit 1990 im Brandenburger Landtag hat er die Neukonstituierung der Brandenburger Kommunen eng begleitet. Kommunale Unternehmen waren seit der Wiedereinführung der kommunalen Selbstverwaltung im Mai 1990 bis heute die Träger der infrastrukturellen und ökologischen Erneuerung im Osten Deutschlands. Es ist sicher kein Zufall, dass gerade Brandenburg – als Land mit einer besonders starken kommunalen Wirtschaft – bundesweit ganz vorn liegt bei der Nutzung Erneuerbarer Energien. Ökologische und soziale Aspekte standen von Anfang im Zentrum der politischen Agenda des Brandenburger Ministerpräsidenten. Und ganz ähnlichen Intentionen ist auch die Landesgruppe Berlin-Brandenburg im Verband kommunaler Unternehmen gefolgt. Deren 20jähriges Bestehen ist deshalb Anlass genug, die wechselvolle Entwicklung zweier Jahrzehnte zu resümieren – UNTERNEHMERIN KOMMUNE im Gespräch mit Matthias Platzeck und Helmut Preuße.

UNTERNEHMERIN KOMMUNE:

In 20 Jahren nach der Deutschen Einheit hatten die Kommunen in Brandenburg vielfältige Herausforderungen zu meistern. Quasi über Nacht mussten sie unter vollkommen veränderten Rahmenbedingungen eine moderne Versorgung garantieren. Das Eigentum an Netzen und Versorgungsanlagen sollte ihnen nach den Buchstaben des Einigungsvertrages aber genommen werden – eine Entscheidung, gegen die sie sich im so genannten Stromstreit zur Wehr setzten. Welche Rolle spielte der von 164 ostdeutschen Kommunen erstrittene Kompromiss vor dem Bundesverfassungsgericht auf dem Weg zu einer modernen und nachhaltigen Versorgung?

Matthias Platzeck:

Sowohl als Abgeordneter der Volkskammer als auch als Umweltminister der ersten brandenburgischen Landesregierung wurde ich Zeuge des vehementen Kampfes zwischen verschiedenen Interessengruppen um die Energieversorgung. Dass die Kommunen damals den Stromvergleich erwirken konnten, kann im Nachhinein gar nicht genug gewürdigt werden. Ihrer Beharrlichkeit ist es zu verdanken, dass der Wettbewerb auf dem Energiemarkt erheblich gestärkt wurde. Auch die ökologische Erneuerung wurde von den Stadtwerken erheblich vorangebracht. Dafür spricht unter anderem das enorme Engagement der Stadtwerke für die Kraft-Wärme-Kopplung – der damals modernsten Ökotechnologie.

„Wir brauchen den zulassenden Staat“

UNTERNEHMERIN KOMMUNE:

In Bezug auf das gesamte Land haben die Bevölkerungsverluste Brandenburg weniger getroffen, als andere der neuen Bundesländer.

Von 1990 bis heute ist die Einwohnerzahl Brandenburgs von 2,6 auf 2,5 Millionen Einwohner recht moderat gesunken. Allerdings verstellt eine solche Betrachtung den Blick auf sehr ungleiche Entwicklungen. Der Verflechtungsraum rund um Berlin konnte stark von den Zuzügen aus der Hauptstadt profitieren. Die peripheren Regionen hingegen nehmen in Bezug auf Überalterung und Bevölkerungsrückgang bundesweit einen Spitzenplatz ein. Wie können kommunale Unternehmen unter den Rahmenbedingungen abnehmender Siedlungsdichte weiter wirtschaftlich agieren?

Platzeck:

Sie haben recht: Im Jahre 2030 werden sich knapp eine Million der dann etwa 2,2 Millionen Brandenburgerinnen und Brandenburger im Verflechtungsraum um Berlin konzentrieren. Etwa 1,2 Millionen Einwohner teilen sich dann auf 85 Prozent der Landesfläche auf. Insofern haben wir eine etwas andere Lage als die anderen ostdeutschen Flächenländer. Doch wir fürchten uns nicht vor diesen Herausforderungen. Schließlich haben wir in den vergangenen 20 Jahren vieles bewältigt und wertvolle Erfahrungen gesammelt. So hat Schwedt/Oder ein Drittel seiner Bevölkerung verloren, der Stadtorganismus musste voll-

kommen umgestellt werden. Es änderten sich Versorgungsbeziehungen, das Kaufverhalten wurde ein anderes, betroffen waren alle Bereiche: Architektur, Schule, Verkehr. Das Wichtigste ist: Schwedt/Oder ist heute eine lebenswerte Stadt. Für Schrumpfungprozesse gibt es keine Blaupausen. Wir betreten also Neuland. Vor diesem Hintergrund haben wir die Instrumente unserer Wirtschaftsförderung vor vier Jahren vollkommen neu ausgerichtet, mit Erfolg. Die Europäische Union hat uns zur Unternehmerregion und zur Exzellenzregion des Jahres gekürt. Schon zweimal wurden wir von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft als dynamischstes Bundeslandes geehrt.



Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck

Für mich entscheidend ist aber: Auch die Zentren in den äußeren Regionen konnten erheblich von unserer Politik des „Stärken stärken“ profitieren. Das betrifft Wachstumskerne wie Schwedt/Oder, Frankfurt (Oder), Eisenhüttenstadt, Spremberg



Helmut Preuße, Vorsitzender der VKU-Landesgruppe Berlin-Brandenburg

oder Wittenberge. Wir wollen uns aber nicht nur auf Regionen, sondern auch auf bestimmte Wachstumsbranchen konzentrieren.

Sie haben nach den Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen gefragt. In der Debatte ist unser Gesetzentwurf zur kommunalen Daseinsvorsorge. Den Kritikern empfehle ich die Lektüre der Kommunalverfassungen von Bayern oder Baden-Württemberg. Hier sind teilweise noch deutlich kommunalfreundlichere Regelungen enthalten. Wir wollen private Initiative nicht behindern, gleichzeitig aber den Kommunen die nötige Luft zum Atmen und zu einem angemessenen kommunalwirtschaftlichen Engagement geben. Kommunen sollen sich maßvoll, aber kreativ so organisieren können, dass die Daseinsvorsorge auch in Zukunft gesichert bleibt. Wir müssen mehr Ideen zulassen, wie für eine alternde und schrumpfende Bevölkerung weiter Lebensqualität gesichert werden kann. Die Menschen sollen sich in der Uckermark, in der Prignitz oder auch im Elbe-Elster-Land genauso wohl fühlen wie im Umland von Berlin. Dazu brauchen wir einen zulassenden Staat. Vergessen wir nicht: Die bestehenden Regelwerke gründen sich auf dem Grundsatz einer wachsenden Bevölkerung. Wir müssen diese Regeln jetzt auf die neuen Rahmenbedingungen einstellen. Aus Ausnahmeregelungen müssen in der Zukunft anwendbare rechtliche Grundlagen werden. Diese neue Offenheit muss sich aber auch im Denken der ganzen Gesellschaft widerspiegeln.

Preuße:

Der Stromstreit war gleichbedeutend mit der Entwicklung des ersten großen Netzwerks in den Neuen Ländern. Damals wurde von vielen Seiten geunkelt, dass die Versorgung in Verantwortung von Stadtwerken zusammenbrechen könnte. Nach der Liberalisierung der Energiemärkte wurde ein breites Stadtwerke-Sterben vorhergesagt. Doch nichts davon ist eingetroffen.

Die Stadtwerke sind munter wie nie zuvor. Es gibt in vielerlei Hinsicht sehr spezifische Herausforderungen für die ostdeutsche Versorgungswirtschaft. So spielt die Fernwärme in den Neuen Bundesländern eine herausgehobene Rolle. Auch deshalb treffe ich mich regelmäßig mit den Chefs der anderen VKU-Landesgruppen im Osten Deutschlands. Angesprochen als Geschäftsführer der

Stadtwerke Schwedt müssen wir in der Uckermark endlich einen Runden Tisch aufmachen, an dem alle Beteiligten über die gemeinsame Zukunft der Region diskutieren. Jede Infrastruktur muss auf den Prüfstand, ob sie auch in Zukunft noch tragfähig sein kann. Bei aller Schrumpfung müssen wir auch Wachstumsfelder entwickeln, mit denen die Finanz- und Wirtschaftskraft der Unternehmen erhalten werden kann. Ostdeutschland ist das Großlabor des demographischen Wandels. Hier werden Entwicklungen vorweggenommen, die später auch im übrigen Bundesgebiet anzutreffen sein werden. Doch ich bin optimistisch, dass wir auch diese Herausforderung meistern werden.

UNTERNEHMERIN KOMMUNE:

Die nach den tragischen Ereignissen von Fukushima verkündete Energiewende wird nicht umsonst zu haben sein. Nach dem Motto, „wer das eine will, kommt um das andere nicht umhin“ werden erhebliche Investitionen in die Netzinfrastruktur und in den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien nötig werden. In vielen Teilen Deutschlands sorgen die damit verbundenen Infrastrukturprojekte für lokale Kontroversen. Bei der Nutzung von Erneuerbaren Energien liegt Brandenburg bundesweit an der Spitze. Welche Lehren können andere Bundesländer aus der Entwicklung in Brandenburg ziehen und welche Rolle spielten die kommunalen Unternehmen bei dieser Erfolgsgeschichte?

Platzeck:

Wir sind nicht Lehrmeister. Tatsache ist: Die Neuen Bundesländer haben sich im Bereich der Erneuerbaren Energien Felder erobert, an die wir vor 20 Jahren nicht einmal gedacht haben. Und wir in Brandenburg sind stolz darauf, schon zum zweiten Mal in Folge mit dem „Leitstern“ als bestes Bundesland in puncto Erneuerbare Energie

ausgezeichnet worden zu sein. Die Energiewende hat das Potential, kommunale Versorgungsunternehmen zu stärken. Mit dem Atomausstieg wurde schließlich ein weiteres Monopol gebrochen. Intelligente Netze werden in den kommenden 20 Jahren ein Betätigungsfeld für kommunale Unternehmen sein. Ich bin froh, dass wir nun auch einen Wettbewerb um die besten Lösungen haben. Dass der Marktanteil der vier großen Oligopolisten in diesem Zusammenhang sinken wird, ist wettbewerbstheoretisch eine gute Nachricht.

Hohe Wertschätzung für kommunale Unternehmen

UNTERNEHMERIN KOMMUNE:

Im Zusammenhang mit auslaufenden Konzessionsverträgen ist es in den vergangenen Monaten zum Trend einer zunehmenden Re-Kommunalisierung in der Versorgungswirtschaft gekommen. Laut repräsentativen Umfragen steht dem die Mehrzahl der Bürger positiv gegenüber. Gleichzeitig sinkt angesichts der demographischen Entwicklung in vielen Regionen die Motivation für ein privatwirtschaftliches Engagement. Kommunale Unternehmen sichern den Wettbewerb in der Energiewirtschaft und sie sind es, die auch bei erschwerten Ausgangsbedingungen für eine moderne Versorgung garantieren müssen. Wie sehen Sie die Rolle kommunaler Unternehmen in den kommenden 20 Jahren und unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen können sie sich im Sinne der Region am besten entfalten?

Preuße:

Wir benötigen für unsere Kommunalverfassung weniger Handschellen und mehr Spielräume für die kommunalen Unternehmen. Der Entwurf zur neuen Kommunalverfassung in Brandenburg sollte zumindest nicht weiter verschärft werden. Wir wünschen uns Rahmenbedingungen unter denen wir gestalten und die Zukunft entwickeln können.

Platzeck:

Vor zehn Jahren wurden die Debatten noch von der Philosophie der Privatisierung bestimmt. Als ich als Oberbürgermeister von Potsdam die Rekommunalisierung der Wasserwerke in Angriff genommen habe, agierten wir noch gegen den ideologischen Strom. Mittlerweile hat sich dies grundlegend geändert. Die Privatisierungswelle ist spätestens seit der Finanzkrise von 2008 abgeebbt. Der Klimaschutz spielt dafür eine deutlich größere Rolle. Die Energiewende braucht dezentralere Ansätze. Deshalb müssen die kommunalen Handlungsmöglichkeiten gestärkt werden. Für mich heißt

das auch, dass die kommunalen Unternehmen noch stärker untereinander kooperieren müssen. Hauptsache war, ist und bleibt, dass für die Bürgerinnen und Bürger – wo auch immer im Land – sicher und zu angemessenen Preisen die Daseinsvorsorge garantiert wird. Davon wird auch die Privatwirtschaft profitieren können.

Preuße:

Ich halte den generellen Einwand, kommunale Wirtschaft ginge zwangsläufig zu Lasten der Privaten für vollkommen unbegründet. Aus der mittelständischen Wirtschaft und von den lokalen Handwerksbetrieben hören wir regelmäßig gegenteilige Äußerungen. Hier werden kommunale Unternehmen als kontinuierliche und verlässliche Auftraggeber geschätzt. Damit und mit sicheren Arbeitsplätzen hat die kommunale Wirtschaft einen erheblichen Anteil an der sozialen und ökonomischen Stabilität vor Ort. Nicht zuletzt werden auch der Arbeitsleistung angemessene Löhne gezahlt.

UNTERNEHMERIN KOMMUNE:

Im Jahr 2006 wurde in Potsdam die vom „Verbundnetz für kommunale Energie“ (VfKE) initiierte Studie „Kommunalwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Kontext“ vorgestellt. Mit Unterstützung der Brandenburger Ministerien des Inneren und für Wirtschaft sowie der VNG – Verbundnetz Gas AG hatte die Universität Potsdam erstmals belastbare Aussagen über die volkswirtschaftliche Bedeutung der kommunalwirtschaftlichen Betätigung vorgelegt. Unter anderem wurde nachgewiesen, dass das Gewicht der kommunalen

Unternehmen in den neuen Ländern mehr als doppelt so hoch ist wie in Westdeutschland. Darüber hinaus wurde in sechs weiteren Einzelfallstudien gezeigt, dass kommunale Unternehmen überall in den neuen Ländern als Arbeitgeber, Ausbilder, Auftraggeber für den regionalen Mittelstand oder Förderer von Sport und Kultur eine zentrale Rolle im regionalen Wirtschaftsgefüge einnehmen. Bemerkenswert war u. a. die enorm hohe Quote der regionalen Wertschöpfung via Auftragsvergaben an die Privatwirtschaft von mehr als 90 Prozent.

Welche Folgerungen ziehen Sie daraus für die Debatte um die optimale Ausgestaltung des Daseinsvorsorgeauftrags?

Preuße:

Die Stadtwerke genießen eine enorme Wertschätzung bei den Bürgern. Nach einer aktuellen Umfrage des Forsa-Instituts wird ihnen unter den verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Institutionen das größte Vertrauen entgegengebracht. Dieser Trend ist wohl auch eine Folge der Finanzkrise. Der Bürger lernt eine stabile, sichere und kundennahe Versorgung wieder zu schätzen und er hält uns zugute, dass wir immer auch das Gemeinwohl im Auge behalten.

Platzek:

Ich erinnere mich noch, dass Politiker in Brüssel oder Berlin in den Sparkassen ein Auslaufmodell sahen und die kommunale Trägerschaft in Frage stellten. Heute ist jeder – gleich welcher politischen Couleur – froh, dieses stabilisierende Element im Finanzmarkt existiert. Kommunale Betriebe, Sparkassen und die Wohnungs-

genossenschaften sind die Eckpfeiler einer nachhaltigen, stabilen und für die Menschen berechenbaren lokalen Wirtschaftsstruktur. Wir sollten die kommunale Eigentumsform nicht mit Staatswirtschaft gleichsetzen. Ich bin überzeugt, dass sich auf der kommunalen Ebene die Motivation für das eigene Unternehmen und der Gedanke an die Gemeinschaft ideal miteinander verknüpfen lassen.

Plattformen für den wissenschaftlichen und interkommunalen Austausch

UNTERNEHMERIN KOMMUNE:

Das „Verbundnetz für kommunale Energie“ ist das einzige Diskussionsforum zur kommunalwirtschaftlichen Betätigung in den neuen Ländern. Es hat sich im Jahr 2003 im Brandenburgischen Bernau konstituiert und sich seitdem als Impulsgeber für den Meinungs- und Erfahrungsaustausch umfassend profiliert. Zu nennen sind u.a. weitere vom VfKE initiierte Studien wie „Kommunalwirtschaft 2025“, das „Pflichtenheft Interkommunale Kooperationen“ oder die „Prämissen zur Harmonisierung des Gemeindefinanzrechts in Deutschland“. Im Jahr 2012 gibt es die zehnte VfKE-Jahresveranstaltung. Mit dem Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jakobs wurde die Idee besprochen, dieses Jubiläumsforum in der Brandenburger Landeshauptstadt durchzuführen. Was halten Sie von diesem Vorschlag, und können Sie sich vorstellen, im kommenden Jahres die kommunale Familie aus den neuen Ländern hier zu begrüßen?

Platzek:

Ich habe von dieser Initiative gehört. Gerade im Hinblick auf die anstehenden Herausforderungen ist ein intensiver Dialog zwischen den Kommunen, aber auch mit der Landesebene unabdingbar. Ihre Plattform ist dafür bestens geeignet, weil sie von allen Seiten gut angenommen wird und hohes Vertrauen genießt. Die Idee, die Jahresveranstaltung 2012 in Brandenburg abzuhalten, freut mich besonders. Schließlich kann gerade die Landeshauptstadt Potsdam bei der Neuordnung der Belange in der Daseinsvorsorge große Erfolge und reiche Erfahrungen aufweisen. Deshalb sage ich Ihnen gerne meine Teilnahme im kommenden November in Brandenburg zu, vorausgesetzt die Terminlage erlaubt es. Ich freue mich auf die Begegnung mit den Vertretern aus Kommunalpolitik und Kommunalwirtschaft aus allen ostdeutschen Ländern.

Preuße:

Die VfKE-Veranstaltungen gehören zu den größten und lebendigsten kommunalen Foren in

Angemerkt



Die Brandenburger Landespolitik steht vor der Aufgabe, tragfähige Konzepte für zwei sehr unterschiedliche Räume zu entwickeln. Die Disparitäten zwischen dem Berliner Umland und den peripheren Regionen werden sich weiter vertiefen. In weiten Teilen des Landes wird es darum gehen, die Prozesse der Schrumpfung und Überalterung möglichst sinnvoll zu managen, daneben aber auch die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort zu stimulieren. Kommunale Unternehmen müssen bei diesen Zielorientierungen eine zentrale Rolle einnehmen. Denn sie sind es, die die zentralen Daseinsvorsorgeleistungen auch in einem demographisch schwieriger werdenden Umfeld vorhalten müssen. Sie sind es, die untrennbar mit der Region vor Ort verknüpft sind und für sie Verantwortung wahrnehmen. Die neue Kommunalverfassung in Brandenburg muss diesem gewachsenen Aufgabenspektrum gerecht werden, indem sie kommunalen Unternehmen die notwendigen Handlungsspielräume offeriert. Aus den Worten des Brandenburger Ministerpräsidenten lässt sich erkennen, dass die Landesregierung diese Zusammenhänge ähnlich beurteilt. Die Kommunen sind nun gefragt, sich auf die umfassenden Wandlungsprozesse vorzubereiten. Dass das Land hier in einen intensiven Dialog um die besten Strategien treten will, zeigt die Wertschätzung des Ministerpräsidenten für das Verbundnetz für kommunale Energie (VfKE) und ähnliche Plattformen des Austauschs mit den Kommunen.

den Neuen Bundesländern. Auch für die Landespolitik kann dies eine geeignete Plattform sein, bei der versammelten kommunalen Familie für Verständnis und Unterstützung bezüglich übergreifender Zielorientierungen zu werben.

UNTERNEHMERIN KOMMUNE:

Im Land Brandenburg hat sich das VfKE konstituiert. Ebenfalls hier, in Eberswalde, an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung, gibt es seit 2010 den deutschlandweit ersten und bis heute einzigen Masterstudiengang Kommunalwirtschaft. Und ebenfalls in Brandenburg, in Panketal, hat seit 15 Jahren die Redaktion der einzigen überregionalen Kommunalzeitschrift aus Ostdeutschland – UNTERNEHMERIN KOMMUNE + FORUM NEUE LÄNDER ihren Sitz. Sind das kommunale Alleinstellungsmerkmale, mit denen sich der Standort Brandenburg weiter profilieren sollte?

Platzeck:

Wir haben hier im Land junge Hochschulen mit großer Innovationskraft. Der von Ihnen angesprochene Studiengang ist dafür ein gutes Beispiel. Die Kommunalwirtschaft nimmt eine wachsende Bedeutung im regionalen Wirtschaftsgefüge ein. Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde hat bewiesen, dass sie nicht nur offen ist für solche Entwicklungen, sondern sich ihnen auch aktiv widmet. Dieses Jahrzehnt wird ganz wesentlich im Zeichen der Vernetzung stehen. Das gilt für die Energiewirtschaft, bezieht sich aber auf alle gesellschaftlichen Prozesse. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema kommunale Wirtschaft und Daseinsvorsorge wird sicher helfen, die richtigen Strategien zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen entwickeln zu können.

Im Wettbewerb der Standorte haben die ostdeutschen Länder dann eine realistische Chance, wenn sie sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren und mit Konzepten und Produkten solche Bereiche besetzen, in denen sie Alleinstellungsmerkmale für sich reklamieren können. Die Kommunalwirtschaft ist so ein Beispiel. Auch wegen der strukturell geringeren Industriedichte spielt sie in den neuen Ländern eine deutlich größere Rolle als in Westdeutschland. Aus dieser Stellung haben sich auch besondere Kompetenzen entwickelt. Mit dem deutschlandweit ersten Masterstudiengang Kommunalwirtschaft in Eberswalde wurde genau das realisiert, was ich gerade als grundsätzlichen Weg beschrieben habe: auf einem zentralen Feld ist ein Bereich mit einem Angebot besetzt worden, das es nirgendwo anders gibt. Ich bin froh darüber, dass kommunale Unternehmen aus ganz Deutschland ihre künftigen

UNSERE

Matthias Platzeck wurde am 29. Dezember 1953 in Potsdam geboren. Von 1974 bis 1979 studierte er biomedizinische Kybernetik an der Technischen Hochschule Ilmenau und schloss dieses Studium als Diplomingenieur ab. Danach arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Lufthygiene Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und wurde 1980 Direktor für Ökonomie und Technik des Kreiskrankenhauses Bad Freienwalde. 1982 bis 1990 war Platzeck Abteilungsleiter Umwelthygiene bei der Hygieneinspektion Potsdam. Während dieser Zeit absolvierte er ein postgraduales Studium der Umwelthygiene an der Akademie für Ärztliche Fortbildung Berlin.

Im April 1988 gründete Matthias Platzeck mit Gleichgesinnten die AG Pfingstberg und die Potsdamer Bürgerinitiative ARGUS (Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung). Im November 1989 beteiligte er sich an der Gründung der Grünen Liga, deren Sprecher er wurde. In dieser Eigenschaft nahm er von Dezember 1989 bis Februar 1990 an den Verhandlungen des Zentralen Runden Tisches der DDR teil. Von Februar 1990 bis April 1990 war er Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Modrow.

Bei den Volkskammerwahlen im März 1990 errang Matthias Platzeck ein Mandat für die Grüne Partei der DDR. In der Fraktionsgemeinschaft Bündnis90/Grüne wurde er parlamentarischer Geschäftsführer. Er gehörte zu den 144 Abgeordneten der neuen Bundesländer, die nach der Vereinigung in den Deutschen Bundestag delegiert wurden.

Nach der Landtagswahl in Brandenburg am 14. 10. 1990 zog Matthias Platzeck als Abgeordneter für die Fraktion Bündnis 90 in das Landesparlament ein. Am 22. November wurde er zum Landesminister für Umwelt, Naturschutz und

GESPRÄCHSPARTNER

Raumordnung berufen. Von 1991 bis 1993 gehörte er dem Bundessprecherrat der Partei "Bündnis 90" an, deren Zusammenschluss mit den westdeutschen Grünen er 1993 nicht mit vollzog. 1994 wurde er erneut zum Minister berufen, 1995 trat Matthias Platzeck der SPD bei. Seit Juni 1998 gehört er dem Landesvorstand der SPD an. Von 1998 bis 2002 war Platzeck Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam. 2000 übernahm er zusätzlich den Landesvorsitz der SPD in Brandenburg. 2002 wurde er zum Ministerpräsidenten gewählt. Im November 2005 wurde Platzeck Bundesvorsitzender der SPD. Am 10. April 2006 trat er als SPD-Bundesvorsitzender zurück. Als Ministerpräsident von Brandenburg wurde Platzeck bislang zweimal wiedergewählt. Matthias Platzeck ist verheiratet und hat drei Kinder.

Helmut Preuße wurde am 14. November 1955 in Sondershausen geboren. Nach seinem Studium in Berlin, das er als Diplom-Ingenieur für chemische Technologie abschloss, war er zunächst als Prozessingenieur im PCK Schwedt tätig. 1985 wechselte er in die kommunale Wohnungswirtschaft der Oderstadt. 1989 wurde er Gründungsgeschäftsführer der Stadtwerke Schwedt GmbH. 1997 hob er die Technischen Werke Schwedt und die SDTelekom Telekommunikations GmbH aus der Taufe und wurde zum Geschäftsführer beider Gesellschaften berufen. 2004 übernahm er in dieser Funktion auch die Schwedter Hafengesellschaft mbH.

Seit Dezember 2007 ist Helmut Preuße Vorsitzender der Landesgruppe Berlin-Brandenburg des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) und Präsidiumsmitglied im Bundesverband des VKU.

Führungskräfte nach Eberswalde delegieren, damit sie hier berufs begleitend ihren Master of Arts in Kommunalwirtschaft erwerben.

Das gilt übrigens auch für andere in Brandenburg entstandene Initiativen, z.B. das 2003 in Bernau konstituierte „Verbundnetz für kommunale Energie“, das als Diskussionsforum in Sachen Kommunalwirtschaft einzigartig in Deutschland ist. Wenn dann noch als Impulsgeber für solche Initiativen die Fachzeitschrift UNTERNEHMERIN KOMMUNE als eine der wenigen überregionalen Medien mit einer ostdeutschen Adresse überhaupt agiert und die zudem in Brandenburg ihre Heimat hat, ist das ebenso erfreulich wie bemerkenswert.

Preuße:

Nach der Liberalisierung der Energiewirtschaft haben wir gemerkt, dass das Management

kommunaler Unternehmen radikal umgestellt werden muss. Das Anforderungsprofil hatte sich vollkommen verändert. In Brandenburg stehen wir vor ganz besonderen Herausforderungen, die Lebensqualität der Bürger zu sichern und dabei die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten. Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund von Schrumpfung, Überalterung, Neuorientierung in der Energiewirtschaft und auslaufender Transferzahlungen verlangt geradezu zwingend nach einer wissenschaftlichen und ergebnisoffenen Betrachtung, um jedes vorhandene Potential möglichst optimal nutzen zu können. Wir sind froh und stolz darauf, dass eine Brandenburger Hochschule hier deutschlandweit den ersten Schritt gemacht hat. ■

Das Interview führte Michael Schäfer